

Kriegszustand über China
Chinas Bourgeoisie fürchtet den Geist der
Kriegszustand über China

Die italienische Bevölkerung

Arbeiterstimme

Anklebe
Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern

Werbt
für euer Kampforgan, die
Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: 10 Pfennig
Abonnement: 3 Mark
Einzelnummer: 10 Pfennig

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. Schillingstraße 2
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr, Dienstag 11-12 Uhr, Mittwoch 11-12 Uhr, Donnerstag 11-12 Uhr, Freitag 11-12 Uhr, Samstag 11-12 Uhr

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. Schillingstraße 2
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr, Dienstag 11-12 Uhr, Mittwoch 11-12 Uhr, Donnerstag 11-12 Uhr, Freitag 11-12 Uhr, Samstag 11-12 Uhr

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 16. Dezember 1930

Nummer

Die Feinde des Volkes

NSDAP und SPD die Flügelparteien der faschistischen Diktatur

„Wer da viel hat, der wird auch noch viel mehr dazu bekommen. Dem, der wenig hat, dem wird auch noch das Wenige genommen. Wenn du aber gar nichts hast, ach, dann lasse dich begraben. Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“
Heinrich Heine

Hier der Beweis:

Das Parlament der faschistischen Diktatur hat sich am Freitag selbst bis zum 2. Februar nach Hause geschickt. Es hat die Aufgabe, die die faschistische Diktatur ihm stellte, erfüllt. Es hat sich selbst den Totenschein ausgestellt. Seine letzten Taten waren die Legalisierung von Maßnahmen zur Vergrößerung des Massenhungers, waren Raubzüge gegen die Millionen der Verelendeten und Milliarden geschenkt an die Volksausplünderer.

Die acht Tage Reichstagsberatung vom 3. bis 12. Dezember, diese letzten kreischenden Umdrehungen einer zerbrochenen Maschine, haben dem Volke der Werktätigen in Stadt und Land gezeigt, was die faschistische Diktatur ist: Hunger und Unterdrückung für die Arbeitenden und Verelendeten, maßlose Bereicherung der besitzenden Ausbeuter. Sie haben zugleich bewiesen, wer die Parteien der Hungerkatastrophe, der faschistischen Diktatur sind: alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Nazis: Alles für die Millionäre, die Armen sollen zahlen

Am 9. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge zur Abstimmung, in denen die Kommunistische Partei dem Willen der Massen, „Die Reichen sollen zahlen!“, Ausdruck gab. Die KPD verlangte eine Sondersteuer von 20 Prozent für Millionäre, eine Steuer von 20 Prozent auf sämtliche Dividenden, eine Sondersteuer von 20 Prozent für sämtliche Aufsichtsratsantien, eine Sondersteuer von 20 Prozent auf alle großen Einkommen über 50.000 Mark. Gegen alle diese Anträge stimmten die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten stimmten zehn Tage vorher im Ausschuss ebenfalls gegen diese Anträge. Am 3. Oktober nannte das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, diese Forderung „eine Verhöhnung des Volkes“.

Sozls: Erwerbslose brauchen keine Winterbeihilfe

Am 12. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge auf Gewährung einer Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, Altersinvaliden und Kriegsofopfer zur Abstimmung. Die Kommunisten verlangten, daß jedem Hauptunterstützungsempfänger 40 Mark, jedem Unterhaltungsberechtigten 12 Mark und den Empfängern von Waisenrente ebenfalls 12 Mark aus Mitteln des Reichs als Winterbeihilfe ausbezahlt werden sollen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 284 Stimmen der Sozialdemokraten und der Brüning-Parteien gegen 183 Stimmen abgelehnt. Die Stimmen der Sozialdemokraten gaben den Ausschlag für die Ablehnung dieser Anträge. Diesmal sahen die Nationalsozialisten, daß die SPD es für sie übernimmt, die Anträge der KPD zu Fall zu bringen, und so stimmten sie mit der gleichen Verlogenheit wie die Sozialdemokraten bei den Millionärsteueranträgen der KPD für den kommunistischen Antrag auf Winterbeihilfe. In Thüringen dagegen, wo sie an der Macht sind, haben die Nationalsozialisten die Winterbeihilfe abgelehnt.

SPD und Zentrum rauben den Hungernden das billige Fleisch

Durch die Initiative der kommunistischen Reichstagsfraktion war im Reichstagsausschuß ein kommunistischer Antrag auf Verbilligung

Die Antwort der Massen an die faschistische Diktatur ist:

Heraus aus den Partelen der Volksfeinde! Hinein in die KPD

von Fleisch für die hungernden Massen angenommen worden. In letzten Sitzung des Reichstages am 12. Dezember verlangte kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler, daß dieser Antrag sowie ein Antrag auf zollfreie Einfuhr von billigem Gefrierfleisch auf die Tagesordnung gestellt und beraten wird. Sozialdemokrat Paul Löbe verhinderte die Beratung und Annahme dieses Antrags. Auf seine Aufforderung hin erhob das „christliche“ Zentrum gegen die Beratung Widerspruch. Die Anträge wurden mit dem Reichstag zusammen vergraben und begraben.

Wer Milliarden Steuern unterschlägt, darf Geraubtes behalten

Unter den Gesetzen, die durch Notverordnung verkündet und vom Reichstag durch die Zustimmung der SPD sanktioniert worden sind befindet sich auch eine Ermächtigung an die Brüning-Regierung, zum Erlaß einer Steueramnestie. Den Volksverrätern, die Milliarden über die Grenzen geschoben, die das Volk um hunderte Millionen Steuern betrogen haben, wird durch diese Steueramnestie nicht nur völlige Straffreiheit zugesichert, sondern es werden ihnen zugleich die hinterzogenen Steuerbeträge geschenkt. Jeder Erwerbslose, der weil er von den Bettelpfennigen der Wohlfahrt nicht leben kann sich einige Groschen Nebenverdienst verschafft, wird rücksichtslos wegen Betruges bestraft und eingesperrt. Die vollgefressenen Schieber aber, die dem hungernden Deutschland die Steuern entziehen, die ihr aus dem Schweiß der Arbeitenden gepreßtes Kapital ins Ausland verschieben, erhalten Straffreiheit und erhalten das gestohlene Geld geschenkt. Das ist wahrhaft „christliche“ Moral des frommen Zentrummannes Brüning.

SPD und NSDAP für Riesengehälter der hohen Bürokratie

Die kommunistische Partei beantragte im Reichstag die Riesengehälter der hohen Bürokratie auf 8000 Mark herabzusetzen, die Pensionen auf 6000 Mark. Die SPD- und Naziführer aber stimmten im Reichstag gegen diesen kommunistischen Antrag und bewiesen damit, daß sie mit der Massenausplünderung zu Gunsten einer kleinen Schicht Minister und sonstiger hohen Bürokraten im Staatsapparat einverstanden sind.

Massensturm gegen die faschistische Diktatur!

Alle werktätigen Schichten in Stadt und Land müssen zu einer einheitlichen Kampffront gegen die Volksfeinde zusammenstehen. Alle Angriffe der Großkapitalisten auf die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der kleinen Gewerbetreibenden und kleiner Bauern, der Kriegsofopfer und Sozialrentner müssen beantwortet werden mit einem Gegenangriff der Massen selbst. In Stadt und Land gilt es, in öffentlichen Betriebs- und Organisationsversammlungen gegen die faschistische Diktatur und die Feinde des Volkes Stellung zu nehmen, gilt es, Aktionsausschüsse aller Werktätigen zum Kampf gegen den Faschismus zu organisieren, die mit konkreten Kampfmaßnahmen, mit Streiks und Demonstrationen gegen die Volksfeinde auftreten. In allen Versammlungen müssen die Werktätigen, Männer, Frauen und Jugendliche, in Stadt und Land, beschließen, ihre Delegierten zu dem Kampfkongreß gegen den Faschismus am 17. und 18. Januar in Dresden zu entsenden.